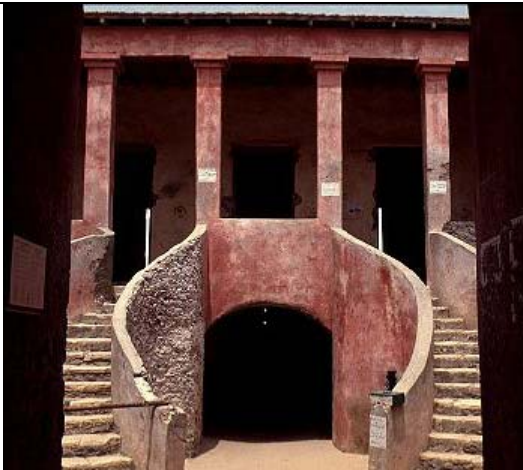


SLAVERY ABOLITION

ABSCHAFFUNG DER SKLAVEREI

UN-Jahr zum Gedenken an den Kampf gegen die Sklaverei und an ihre Abschaffung

Die Vereinten Nationen haben 2004 zum 'Internationalen Jahr des Gedenkens an den Kampf gegen die Sklaverei und an ihre Abschaffung' ausgerufen. 2004 markiert die Zweihundertjahrfeier des ersten unabhängigen schwarzen Staates, Haiti, als ein Symbol des Widerstandes der Sklaven und ihres Kampfes für Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte. Ziel des internationalen Jahres ist es, die Tragödie der Sklaverei in Erinnerung zu rufen und heute noch existierende Formen der Sklaverei nachdrücklich zu bekämpfen. Die UNESCO hat die Federführung für das Gedenkjahr übernommen. Dieser Beitrag erschien in der Januar-Ausgabe von 'unesco heute online', des Online-Magazins der Deutschen UNESCO-Kommission unter www.unesco.de. - *Die Redaktion*



Das 'House of Slaves' auf der Insel Gorée, Senegal
Foto: UNESCO

Am 10. Januar hat UNESCO-Generaldirektor Koïchiro Matsuura in Cape Coast offiziell das Internationale Jahr zum Gedenken an den Kampf gegen die Sklaverei und an ihre Abschaffung eröffnet. Cape Coast in Ghana war ehemals ein Hauptzentrum des Sklavenhandels. Hiervon zeugt die Festung Cape Coast, in der Sklaven bis zu ihrer Verschiffung gefangen gehalten wurden. Die UNESCO hat sie als Erinnerungsstätte für die Opfer des Sklavenhandels in die Liste des Welterbes aufgenommen.

Bei seiner Ansprache zur Eröffnung des Gedenkjahrs sagte Matsuura, dass die Geschichte des Sklavenhandels und seine Auswirkungen viele Jahre lang nicht genügend beachtet worden seien. Das UN-Jahr rücke die Tragödie der Sklaverei wieder ins Bewusstsein: "Dieses dunkle Kapitel in der Geschichte der Menschheit sollte ihren vollen Platz in den Schulbüchern und in den Lehrplänen jedes Landes der Welt finden."

Die Praktiken und Strukturen des Sklavenhandels waren der Nährboden für rassistische Ideologien, Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Matsuura rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, allen zeitgenössischen Formen von Sklaverei und sklavereiähnlichen Praktiken ein Ende zu setzen.

Das Ziel der Aktivitäten zum Internationalen Jahr 2004 ist vor allem, unser Wissen über Sklaverei und den Sklavenhandel zu vertiefen und die politischen, kulturellen und rechtlichen Konsequenzen dieses historischen Phänomens aufzuzeigen. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit soll den Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft schärfen. Das Gedenkjahr soll uns bewusst machen, dass Menschenhandel und sklavereiähnliche Praktiken in all ihren heimtückischen Formen heute noch existieren.

Programm

Die UNESCO gestaltet das UN-Jahr mit einem vielseitigen Programm. Tagungen und internati-

onale Konferenzen thematisieren die historischen Auslöser, politischen Motive und kulturellen Folgen des Sklavenhandels. Kulturveranstaltungen und Ausstellungen werben für Wissensaustausch, Völkerverständigung und interkulturellen Dialog. Weltweite Kampagnen setzen Zeichen gegen zeitgenössische Praktiken der Sklaverei und Rassismus.

2004 soll auch ein Jahr der Begegnung und der konstruktiven Zusammenarbeit sein. Es geht darum, die Einwirkungen der afrikanischen auf die europäischen Kulturen aufzuzeigen, die aus der Zeit des Sklavenhandels hervorgegangen sind. Die Millionen von afrikanischen Sklaven, die, von ihrer Heimat entwurzelt, nach Amerika deportiert und verkauft wurden, brachten ihre geistigen und kulturellen Werte und auch ihr traditionelles Wissen mit. Die kulturellen Entwicklungen, die von der massiven Umsiedlung von Sklaven ausgegangen sind, untersucht die UNESCO im Rahmen des Projekts "die Route der Sklaven". Zu diesem Projekt werden eine Reihe von Ausstellungen gezeigt. Die Auswirkungen des Sklavenhandels aus afrikanischer Sicht sind Gegenstand der UNESCO-Publikation zur "Allgemeinen Geschichte Afrikas". Ebenso ist die "Allgemeine Geschichte der Karibik" ein wichtiges Referenzwerk, um über die "historische Wahrheit" der Geschichte des Sklavenhandels Aufschluss zu erhalten. >>>

SLAVERY ABOLITION

ABSCHAFFUNG DER SKLAVEREI

Ende der Sklaverei?

Die Sklaverei hat unzähligen Menschen zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert das Leben gekostet. Sie wurde zuerst in Santo Domingo abgeschafft (1793), zuletzt in Kuba (1886) und in Brasilien (1888).

1926 verabschiedete der Völkerbund das erste internationale Abkommen über Sklaverei. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 hat Sklaverei explizit verboten. Artikel 4 besagt: "Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten."

1956 verabschiedeten die Vereinten Nationen das Zusatzübereinkommen über die Abschaffung von Sklaverei, Sklavenhandel und sklavereiähnlichen Einrichtungen und Praktiken. Durch dieses Abkommen gilt auch die Schuldknechtschaft als verbotene Sklaverei. Zuletzt hat die Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 in Durban, Südafrika, Sklaverei und Sklavenhandel als "ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit" angeprangert. In der Erklärung von Durban heißt es: "Wir verurteilen nachdrücklich, dass Sklaverei und sklavereiähnliche Praktiken in manchen Teilen der Welt auch heute noch existieren, und fordern die Staaten nachdrücklich auf, mit Vorrang sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Praktiken, die in flagranter Weise gegen die Menschenrechte verstoßen, ein Ende zu setzen."

Dennoch sind die Folgen des Sklavenhandels überall präsent. Sklaverei besteht heute noch in verschiedenen Formen wie Schuldknechtschaft, Zwangsarbeit, sexuelle Ausbeutung, Handel mit Kindern und Verschiebung von Menschen und Zwangsheirat.

Die Nichtregierungsorganisation **Anti-Slavery International** sagt, dass mindestens 20 Millionen Menschen weltweit in Schuldknechtschaft leben. Das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (**UNODC**) schätzt die Zahl der Menschen, die in Schuldknechtschaft oder Zwangsarbeit geraten, auf 700.000 pro Jahr. Die Internationale Arbeitsorganisation (**ILO**) beziffert die Zahl der Kinderarbeiter auf 245 Millionen. Die ILO sagt weiter, dass 1,2 Millionen Kinder jedes Jahr Opfer des illegalen Menschenhandels werden. Sie hat den Handel mit Kindern in Zentral- und Westafrika angeprangert und berichtet, dass zwischen 10.000 und 15.000 Kinder aus Mali Opfer des Handels sind und auf Plantagen in Côte d' Ivoire Zwangsarbeit verrichten müssen. Nigeria berichtete 1996 über 4.000 Fälle von Kinderhandel. Benin registrierte über 3.000 Fälle von Kinderhandel zwischen 1995 und 1999.

Der Kampf gegen die Sklaverei kann sich nicht auf rechtliche und strafrechtliche Schritte allein beschränken. Die Vereinten Nationen müssen ihre Bemühungen intensivieren, um die Ursachen der Sklaverei zu bekämpfen, wie Armut und Diskriminierung.

An der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr 2004 in Cape Coast nahmen außer dem Minister der Zentralregion Ghana, Isaac Adumadzie, fünf afrikanische Kulturminister teil (Benin, Côte d'Ivoire, Ghana, Nigeria und Togo). Erstmals beteiligten sich 20 traditionelle afrikanische Häuptlinge an einer Aktion der Völkergemeinschaft zum Gedenken an die Opfer der Sklaverei. → **KOMMUNIKATION GLOBAL** ■



www.unesco.org

A Blow To Fight Against Slavery

The murder of three labour inspectors and their driver in Brazil on January 28 is a harsh blow to the fight against slavery in the country, said the Anti-Slavery International.

Even though the inspectors were on a routine inspection and not specifically investigating slave labour, these murders will have a direct impact on future inspections and the way the Government's forced labour task force: the mobile inspection groups operate when investigating slavery.

This is the first murder of government inspectors, but in 2003, those working against slavery -- local judges in Amazonia, prosecutors and members of such non-governmental organisations as the Pastoral Land Commission (CPT) -- faced increase threats.

Thousands of Brazilians are trafficked into forced labour from impoverished parts of the country to distant estates in Amazonia, lured by promises of good work and pay. Once there, they are told they owe money for their transport, accommodation, food and tools and are forced to work to pay this back.

Since President Luiz Inacio Lula da Silva's announcement of extensive new measures to fight slavery in March 2003, and efforts to enforce them, death threats against activists and officials increased in areas of Amazonia -- Para and Tocantins -- where forced labour is a significant problem.

